

Brentano fordert Geduld

Der Bundesaußenminister berichtete in Bonn über die Genfer Konferenz

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat dem Bundespräsidenten, dem Bundeskabinett und dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages über die Genfer Außenministerkonferenz berichtet. Drei Forderungen hob er dabei hervor: 1. Der Westen muß die Verhandlungen mit unermüdlicher Geduld fortsetzen. 2. Eine Gipfelkonferenz muß so gut vorbereitet sein, daß sie auf keinen Fall mit einem Fehlschlag endet. 3. Man muß die Gewißheit haben, daß auch nach der Gipfelkonferenz keine einseitigen Maßnahmen gegen die Freiheit Berlins ergriffen werden.

Obwohl die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wie gewöhnlich vertraulich war, konnte man doch hören, daß sie noch ruhiger verlaufen ist, als man ohnehin schon erwartet hatte. Auch von seiten der Oppositionsparteien wurde keine schwere Kritik an dem Verhalten der deutschen Delegation in Genf geübt. Die Oppositionsparteien waren zwar bereit, den

Sowjets weit größere Zugeständnisse zu machen, aber sie stimmen der Bundesregierung insoweit zu, als alle Zugeständnisse erst in einem allgemeinen „Tauschgeschäft“ ihren Sinn erhalten können, zu dem die Zeit offenbar jetzt noch nicht reif ist.

Bundespresseschef von Eckardt sagte vor der Presse, erfahrungsgemäß legten die Sowjets Wert auf ausführliche Diskus-

sionen, und daher wäre es keine gute Taktik, wenn der Westen anfangs zu drängen. Als „ausgeschlossen“ bezeichnete es Eckardt, daß der Westen etwa einer Gipfelkonferenz zustimmen könnte, ohne daß vorher eine Regelung der Berlin-Frage gefunden sei, bei der die westlichen Grundrechte in Berlin einschließlich der Zufahrtsrechte gesichert seien. Als er darauf gefragt wurde, ob das nicht doch auf eine isolierte Berlin-Lösung hinauslaufe, erwiderte Eckardt: „Wenn es in Genf in keiner der angeschnittenen Fragen einen Fortschritt geben sollte, so müßte der Westen sich eben darauf beschränken, seinen Rechtsstandpunkt in Berlin aufrechtzuerhalten und den Sowjets mit aller Deutlichkeit zu demonstrieren.“

Abschied von Dulles

DT. Der Tod hat endgültig einem Mann das Steuer aus der Hand genommen, der mehr als sechs Jahre lang im Zentrum der Macht stand. John Foster Dulles hat unter seinem Präsidenten Eisenhower den Vereinigten Staaten mehr als seine Vorgänger zum Profil der Weltmacht verholfen. Hierzu gehörte wohl ein so unabhängiger, kantiger Charakter, der seine letzten Entscheidungen nicht von vordergründiger Überlegung diktieren läßt, sondern sie vielmehr auf Überzeugungen, ja auf einen festen Glauben zurückführt. Diesen Glauben hat der Sohn eines presbyterianischen Predigers — als solcher wurde John Foster Dulles vor 71 Jahren in der Umgebung Washingtons geboren — niemals verleugnet.

Aus dem Abstand, den nur die Geschichte verleiht, wird eines Tages die endgültige Wertung dieses großen Mannes getroffen werden. Schon heute steht jedoch fest, daß seine ragende Gestalt seit 1953 die eigentlichen Entscheidungen der freien Welt bestimmte. Vielleicht überschätzte der Jurist und Diplomat den Wert der militärischen Macht. Dulles fand die NATO vor und stärkte sie. Er vollendete den Ring von Washington her gesteuerten militärischer Bündnisse um die Sowjetunion, sei es nun der Bagdad-Pakt oder die Südasiatische Verteidigungsgemeinschaft. Er erlebte aber auch das wohl auch von ihm nicht vorhergesehene Erstarken des ihm nicht nur machtmäßig, sondern auch weltanschaulich so gefähr-

lich erscheinenden kommunistischen Gegners in Moskau und in Peking. Nie jedoch erlahmte sein Wille zum Widerstand, nie auch nagte der Zweifel an der Richtigkeit der von ihm zu treffenden Entscheidungen.

Für Freunde und Gegner war Dulles gleich unbedeuten, weil er ein harter und notfalls auch unerbittlicher Kämpfer war. Seine spröde Art, seine Verschlossenheit und seine Neigung zu einsamen Entschlüssen machten ihn auch nicht zu einer Erscheinung, der sich die Phantasie der Massen bemächtigen konnte. Nun, da seine irdische Existenz beendet ist, spürt vielleicht nicht nur die freiheitliche, sondern auch die Welt, der sein entschlossenes Kämpferherz galt, daß eine imponierende Gestalt für immer gegangen ist: eine Gestalt, die für die Freiheit der Menschen alle Mittel mobilisierte.

Unser Staat und Genf

K. W. B. Die Außenminister in Genf hätten den zehnten Konferenztag auf ihrer 15. Nachrichtenkonferenz wohl mit einem Blick auf den Bundesrats-Saal in Bonn beschließen können. Was die Mitglieder des ehemaligen Parlamentarischen Rates von 1949 am Sonnabend dort sehr ernst feierten, war das Grundgesetz, das vor zehn Jahren in Kraft getreten ist. Die Außenminister der vier Mächte hätten guten Grund gehabt, sich dieses staatsbildenden Aktes mit mehr als geschichtlichem Interesse anzunehmen. Sie haben nämlich in diesen zehn Jahren des Provisoriums eines freiheitlichen deutschen Staates genau zehn unfruchtbare Konferenzen abgehalten, die alle jener Frage galten, die sich am 23. Mai 1949 im damals noch idyllischen Universitätsstädtchen Bonn eine erste greifbare Ordnung setzte. Bei den Terminplanungen für die neue Genfer Konferenz haben bestimmt nicht die Erinnerungen oder gar Verpflichtungen Pate gestanden, jenes Provisorium von 1949 endlich in ein Definitivum umzuwandeln. Aber uns schiene es gut, wenn diese Besinnung wenigstens den Verhinderern der deutschen Einheit am Genfer See einen heilsamen Schreck einjagen könnte.

Das Gesetz, das sich die verantwortlichen Politiker der drei westlichen Zonen vor zehn Jahren als Verfassung für ein neues Deutschland gaben, war bewußt als der Modellweg zur deutschen Einheit gedacht. Das ganze Deutschland war eingeladen, sich zur freiheitlichen Ordnung eines aus Chaos, Schuld und Verstrickung wiedererstandenen Deutschlands zu bekennen. Die Besatzungsmächte Amerika, England und Frankreich ermunterten die Deutschen zur Gründung einer staatlichen Vereinigung; die östliche Besatzungsmacht jedoch hinderte die 17 Millionen ihrer Zone an dieser Vereinigung teilzunehmen. Den Streit darüber, ob es sinnvoll gewesen wäre, die Staatsgründung im freien

Teil Deutschlands noch aufzuschieben, bis die Sowjets bereit wären, sie für ganz Deutschland zuzulassen, hat das Verhalten Moskaus in den letzten zehn Jahren mehr als erledigt. Aber im Grundgesetz steht als verpflichtende Formel, das deutsche Volk bleibe aufgefordert, seine Einheit als die Aufgabe seiner Zeit zu vollenden. Auch die andere Bestimmung ist der Verfassung der Bundesrepublik beigegeben, daß die endgültige Verfassung sich Deutschland erst geben wird, wenn alle Deutschen in einem gemeinsamen Deutschland vereinigt sind. Wo aber hat je ein Volk peinlicher und sauberer mit sich und seiner schuldhaften Vergangenheit gründlicher abgerechnet, und wo hat es sich verantwortungsvoller zu den ungewöhnlichen Aufgaben seines Schicksals verpflichtet als in den Bestimmungen seines Grundgesetzes?

Wenn diese Nachkriegsordnung des deutschen Denkens und Handelns einen Grundgedanken trägt, an dem alle ihre Schöpfer eifrig mitgewirkt haben, dann den: Es müsse die zweite deutsche Republik unter allen Umständen vor dem Schicksal der ersten, vor dem Schicksal von Weimar, bewahrt werden. Der Staat, der 1949 entstand, sollte sich seines Übergangscharakters in allem, in der Wahl der provisorischen Hauptstadt nicht zum wenigsten, bewußt bleiben. Aber wenn aus ihm Kraft und Autorität wachsen sollte, dann mußte er natürlich Staat werden. In dem gleichen imponierenden Maße, in dem er mit den staatlichen Organen auch die ausstrahlende Wirkung entwickelte, hatte er ständig den Anspruch zu erhöhen, daß er nicht nur für die 50 Millionen Deutschen, die diesen Staat mit ihren freiheitlichen Willensentscheidungen wählten und erfüllten, sprach — sondern auch für die 17 Millionen anderen Deutschen, die in der Ausübung ihrer Entscheidungen verhindert waren.

Natürlich haben die Machthaber der Zone diesen Anspruch aus dem freiheitlichen Teil Deutschlands nicht anerkannt. Aber sie haben auch nichts dazu getan, die von ihnen in Schach gehaltenen Deutschen

über ihre Meinung zur deutschen staatlichen Entwicklung zu befragen. Der Westen tut sich viel darauf zugute, daß er heute der sowjetischen Sprachverwirrung gegenüber, die Moskau mit den Begriffen Friede, Demokratie und dergleichen getrieben hat, gefeit ist. Christsschows These von den zwei deutschen Staaten, die er vor vier Jahren der Welt aufgezwungen hat, aber scheint uns bei weitem noch nicht überall als das dialektische Manöver der sowjetischen Politik erkannt und entlarvt.

Es tut der Politik des Westens dringend not, in der Zone des Nicht-Staat, also allein das Satelliten-Revier, zu erkennen, in der Bundesrepublik aber jenen deutschen Staat zu begreifen, der vor zehn Jahren das Opfer einer einseitigen Beschränkung auf einen Teil seines Landes und seiner Bevölkerung auf sich genommen hat, um für die einmal kommende Gemeinsamkeit die staatlichen, moralischen, sozialen und rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Es ist abwegig, darüber nachzudenken, ob der Verzicht auf die Gründung des Teilstaates von Bonn uns heute schon der Wiedervereinigung näher sähe. Man muß nach den Erfahrungen der zehn Jahre mit der sowjetischen Politik im Gegenteil zu der schmerzlichen Erkenntnis kommen, daß wahrscheinlich solch ein Verzicht ganz Deutschland eher dem heutigen Schicksal unserer miteldeutschen Landsleute ange-nähert hätte. Der Staat, der sich dagegen in der Bundesrepublik entwickelt hat, bietet wahrlich nicht nur den Unseren in der Zone alle Hoffnung auf eine einmal kommende Gemeinsamkeit, sondern auch den Mächten, die nach gemeinsamer Abrede die Verantwortung für das Schicksal ganz Deutschlands tragen, alle Veranlassung, an diesem Jubiläum das Recht und nichts als das Recht auf Selbstbestimmung walten zu lassen. Aber wenn von den Sowjets auch solche Erkenntnis nicht zu erwarten ist — warum sollten wenigstens nicht wir und unsere westlichen Freunde diesen Tag benutzen, um dies unseren hartnäckigen Gegnern — auch am Genfer Tisch — energisch zu sagen?

Die SPD und der Staat

Gedanken zum zehnjährigen Bestehen der Bundesrepublik

W. Bonn (Eigenbericht). Im Jahre 1949 hielten alle demokratischen Politiker Deutschlands den Aufbau der westdeutschen Bundesrepublik für die unausweichliche Antwort auf die gewaltsame Abtrennung der Sowjetzone, die jeden Gedanken an ein einiges Deutschland zunichte machte. Heute aber verblaßt der Protest gegen die Unfreiheit, der in dieser Staatsgründung lag.

Man mag den Keim dieser Entwicklung in der pathetischen Erklärung finden, daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei, von der ersten Stunde an dazu bestimmt, einst dem wahren deutschen Staat zu weichen, der das ganze Deutschland umfassen sollte. Aus dem Willen, sich durch die Gründung des Teilstaates nicht den Blick auf das Gesamte versperren zu lassen, ist eine sonderbare Abneigung gegen diesen Staat entstanden. Nicht mehr als den Kern eines kommenden freien Gesamtdeutschlands sehen einige heute die Bundesrepublik an, sondern beinahe als ein Hindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung.

„Der Maßanzug“

Als Beispiel dieser neuen Abneigung gegen die Bundesrepublik seien nur einige Bemerkungen angeführt, die in der neuesten Ausgabe des sozialdemokratischen Parteiorgans „Vorwärts“ eher beiläufig fallen. Da wird der Leitung des Auswärtigen Amtes in vollem Ernst der Vorwurf gemacht, sie habe sich in den vergangenen Jahren bemüht, dem „westdeutschen Rumpfstaat“ einen „völkerrechtlichen Maßanzug zu schneidern“ — als wären es nicht gerade die Sozialdemokraten gewesen, die jedes neue Abkommen der Bundesregierung kritisierten, weil es den Alliierten immer noch Souveränitätsrechte überließ! Oder es ist von jener „These vom legitimen und alleinigen Weiterbestand Deutschlands in der Bundesrepublik“ die Rede, die jahrelang die Grundlage aller einstimmigen Entschlüsse des Bundestages zur Außenpolitik gewesen ist — was aber heute den „Vorwärts“ nicht

hindert, mit unverhohlener Genugtuung festzustellen, diese These werde auf der Genfer Außenministerkonferenz „endgültig zusammenkrachen“.

Schließlich wird in ähnlichem Tone von der Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland als Ausgangspunkt der Wiedervereinigung gesprochen, obwohl diese Forderung, ein Ausdruck des Protestes gegen die Unterdrückung der Freiheit in der Sowjetzone, Jahre hindurch gemeinsam von allen Parteien des Bundestages, außer den Kommunisten, erhoben worden ist.

Carlo Schmid damals

Man könnte über solche Torheiten hinweggehen, wenn sie nicht einem in der SPD um sich greifenden Gefühl entsprächen, das ins Bewußtsein gehoben zu werden verdient. Es ist etwa in die Worte zu fassen: „Was hilft uns die Existenz der Bundesrepublik, wenn sie uns nicht die Wiedervereinigung bringt?“ Über mehr als 10 Jahre hinweg schickt sich die SPD damit an, zu einem Gedanken zurückzukehren, den im Jahre 1949 Prof. Carlo Schmid, damals stellvertretender Staatspräsident des kleinen Landes Württemberg-Hohenzollern, als Außenseiter unter den demokratischen Politikern vertrat: Das deutsche Volk sollte sich aus Protest gegen das Unvermögen oder den mangelnden Willen der Alliierten weigern, in Westdeutschland mehr zu errichten als eine „Verwaltungskörperschaft“ — keinen Staat, keine Regierung, keine Ministerien. Dieser Vorschlag, in dem etwas von dem passiven Widerstand des damals gerade erfolgreichen Inders Ghandi anklang, feiert heute einen späten Triumph. Aber hätte eine solche Politik des politischen Scheintodes uns wirklich die Einheit nähergebracht?

Damals haben auch die führenden Sozialdemokraten, darunter Dr. Kurt Schumacher, nicht an diese Politik geglaubt. Auch sie hielten es für notwendig, dem deutschen Volk, soweit es in Freiheit politisch wirken konnte, wieder eine staatliche Form zu geben, da-

mit es sich selbst an der Gestaltung des deutschen Schicksals beteiligen konnte.

Jahrelang aus der Regierungsverantwortung ausgeschaltet, droht die SPD ihre Opposition gegen die Regierung in eine Opposition gegen den Staat zu verwandeln. Vielleicht ist zuviel geschehen, was sie abstieß, und zuwenig, was sie an die Bundesrepublik band. Das Gefühl, es mit einem bürgerlichen Staat, mit einem Staat der CDU zu tun zu haben, mag falsch sein, aber auch falsche Empfindungen sind mächtig.

Rückkehr möglich?

Der Prozeß ist weit gediehen. Noch vor fünf Jahren, im April 1954, hat die SPD im Bundestag einer Entschließung zugestimmt, in der die Bundesregierung als einzig berechtigter Sprecher für alle Deutschen bezeichnet und dem kommunistischen Regime in der Sowjetzone bescheinigt wurde, es sei „keine Vertretung des deutschen Volkes“. Im sogenannten Deutschland-Plan der SPD aber stehen der freie und der unfreie Teil Deutschlands gleichberechtigt nebeneinander; die Abwertung der Bundesrepublik und die Aufwertung der sogenannten „DDR“ gehen Hand in Hand.

Es ist schwer zu sagen, was geschehen müßte, um der SPD eine Rückkehr zu der Staatsbejahung zu erleichtern, die die Bundesrepublik als freier Teilstaat Deutschlands verdient. In erster Linie müßte wohl die noch aus Hugenbergschen Tagen stammende Idee aus den Gehirnen verbannt werden, daß Sozialdemokraten nicht würdig seien, Mitglieder einer Regierung zu sein. Aber auch in der SPD selbst müßten sich die Männer zusammenfinden, die in der Bundesrepublik mehr sehen als einen Irrweg der Geschichte. Der 23. Mai, der zehnjährige Gedenktag unseres Grundgesetzes, wäre eine gute Gelegenheit.

Gipfelkonferenz in Wien?

Genf/Wien (dpa/ap). Die Westmächte planen, die erwartete Gipfelkonferenz in der österreichischen Hauptstadt abzuhalten. Nach Berichten aus Genf soll bereits eine inoffizielle Anfrage an die österreichische Regierung gerichtet worden sein. In Wien fanden diese Berichte bisher jedoch keine Bestätigung.

„Nachgedacht und aufgeschrieben“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Funktionäre der SED fordern ausländische und westdeutsche Delegationen immer wieder auf, sich von dem „Aufbau des Sozialismus“ zu überzeugen und die glücklichen Bewohner Mittelddeutschlands zu besuchen. Aber ein besseres Spiegelbild als gesteuerte Reisen bietet die Zonenpresse. Meldungen und Berichte lassen täglich erkennen, vor welchem Hintergrund sich der Zonenalltag abspielt und worauf das freiheitliche Deutschland allzugeru verzichtet.

POTSDAM

Unflätige Angriffe. Die „Märkische Volksstimme“ Potsdam nennt Außenminister von Brentano in ihrer Ausgabe vom 16. 5. Seite 3 den „Bundes-Heinrich“, eine „lächerliche Figur“, einen „notorischen Hohlkopf“, den „Bonner Versager“, den „Bonner Narrenminister“, der „Affentheater“ spielt.

Leserwettbewerb gegen die deutsche Delegation in Genf. Die „Märkische Volksstimme“ veranstaltet folgenden Leserwettbewerb: „Aller Welt sichtbar zeigt sich jetzt in Genf, daß die DDR und ihre Delegation für ganz Deutschland sprechen. Was sagen unsere Leser zum Verhalten der Brentano-Delegation, die von Beginn an für die Konferenz der Außenminister nur eine Devise hatte: „Störenfried sein und ein gutes Verhandlungsklima vergiften; die ihre eigene Muttersprache als Konferenzsprache ablehnte und was der nationalen Entwürdigungen mehr sind! Bitte vergleichen Sie einmal das Auftreten beider deutscher Delegationen und schreiben Sie uns Ihren Standpunkt dazu unter dem Kennwort „Nachgedacht und aufgeschrieben.““

MAGDEBURG

Pioniere zur Konferenz. Die Thälmann-Pioniere der Klasse 6a der Klara-Zetkin-Schule Magdeburg schrieben nach Genf unter anderem: „Wir wollen weiter in Frieden lernen, spielen und später tüchtige Arbeiter werden. Darum sind auch wir für einen Friedensvertrag, der die Kriegstreiber hindern wird, einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Wir wollen auch unseren Beitrag leisten, und darum werden wir uns anstrengen, noch bessere Leistungen in der Schule und in der Pionierarbeit zu erreichen.“

ter werden. Darum sind auch wir für einen Friedensvertrag, der die Kriegstreiber hindern wird, einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Wir wollen auch unseren Beitrag leisten, und darum werden wir uns anstrengen, noch bessere Leistungen in der Schule und in der Pionierarbeit zu erreichen.“

ROSTOCK

Antwort an Genf: Steigerung der Hektarerträge. Nach einem Bericht der „Ostseezeitung“ (SED) Rostock erreichen die Redaktion täglich Briefe, in denen neben gehässigen Angriffen gegen die Genfer Delegation der Bundesrepublik zu lesen steht: „Wir wissen, daß die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe der beste Beitrag zur Lösung des Deutschlandproblems ist. Darum haben wir folgende Verpflichtungen übernommen: Den Maisanbau von 5 Prozent auf 10 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche zu erhöhen, die Erträge in Getreide auf 28, in Kartoffeln auf 180 und in Zuckerrüben auf 300 Doppelzentner pro Hektar zu steigern. Den Plan der Schweineproduktion wollen wir mit 70 Doppelzentnern übererfüllen. Indem wir den Durchschnittsertrag pro Kuh auf 2900 Kilo Milch erhöhen, können wir 11 600 Kilo Milch mehr auf den Markt bringen.“

Berliner Renten werden nicht gekürzt

Bonn (ap/dpa). Berliner Rentner sollen durch die Anpassung der Berliner Rentenversicherung an die Rentenreformgesetzte keine niedrigeren Renten erhalten, als sie bisher hatten. Auf einstimmigen Beschluß des Bundesrates, der Vertreter der Länder, soll in das Rentengesetz eine Besitzstandsklausel aufgenommen werden, die besagt, daß der Zahlbetrag der bisherigen Rente in Zukunft auch dann zu gewähren ist, wenn er den Zahlbetrag der neuen Rente übersteigt.

Preis Ausschreiben des Ministers für Kultur: Zur Förderung sozialistischer Kinder- und Jugendliteratur wurden 19 Preise in Höhe von 4000 bis 1000 Mark gestiftet. In den Bedingungen steht: „Bilderbücher werden ausgezeichnet, die in hohem Maße zur sozialistischen Erziehung beitragen, unter besonderer Berücksichtigung solcher Themen, die der Vorbereitung der polytechnischen Erziehung und Bildung dienen.“

HALLE

Frauen als Männerersatz? „Die Freiheit“ (SED) stellt fest: „Den Marxismus verwirklichen, das heißt alle Menschen auf allen Gebieten von der Ausbeutung zu befreien, das heißt, die früher doppelt und dreifach unterdrückte Frau aus den Sienlen zu nehmen und ihr mit allen Mitteln (z. B. durch Qualifizierung, durch Kinderkrippen und -gärten, durch jede nur mögliche Erleichterung der Hausarbeit) zu garantieren, daß sie zu der ganzen Höhe ihrer Möglichkeiten heranwachsen kann.“

Im VEB Farbenfabrik Wolfen zeigte sich eine „unmarxistische Einstellung“ am Arbeitsplatz in Form von Kleinkrieg und Konkurrenzkampf gegen die Frauen. Jetzt würden die Frauen aber auspacken. Bisher bestand bei den Männern die „unerhörte“ Auffassung, Frauen könnten nur Hornistinnen oder Stellverwahrterinnen sein. Jetzt zeige sich, Frauen können auch Wagendispatcher, Bezirksführer (eine Art Schichtleiter) und anderes sein.

Donnerwetter — Badewetter. Programm im Steintor-Variété: „Maler will junge Arbeiterin malen. Kommt Kulturfunktionärin vom Rat des Kreises und sagt: So geht das nicht. Mädchen bekommt Hammer in die Faust, Buch unter den Arm, Fellmütze auf den Kopf — und weil nun die Geschmacklosigkeit sowieso schon perfekt ist — Fahren zur Dekoration — Der Maler ist verzweifelt — das Publikum auch. Überhaupt kein Kichern im Parkett (Kritik aus „Freiheit“).“

Rüstungsetat niedriger

8,5 statt 9 Milliarden — Mehrausgaben auf anderen Gebieten

W. Bonn (Eigenbericht). Die Verteidigungsausgaben der Bundesregierung, die nach allgemeiner Erwartung von Jahr zu Jahr steigen sollten, werden in diesem Jahr noch einmal herabgesetzt werden. Schon im vorigen Jahr hatte Bundesfinanzminister Eitzel erreicht, daß Bundesverteidigungsminister Strauß und die Atlantische Verteidigungsorganisation sich mit einer Summe von neun, statt der ursprünglich vorgesehenen elf Milliarden DM zufriedengaben. Im neuen Haushaltsplan für 1959/60 war zunächst wieder der gleiche Betrag von neun Milliarden eingesetzt. Er soll jetzt auf 8,5 Milliarden ermäßigt werden.

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß sich diese abfallende Linie in den folgenden Jahren fortsetzt. Vielmehr benötigt die Bundeswehr durch ständige Vermehrung der Zahl der Soldaten und durch wachsende Rüstungskäufe immer mehr Geld. Die Summen, die in früheren Haushaltsplänen bereitgestellt worden waren, konnten nie voll ausgenutzt werden, jetzt aber besteht die Aussicht, daß die angesetzten Milliardenbeträge auch wirklich ausge-

geben werden. Die Kürzung war nur dadurch möglich, daß eben auch in diesem Jahr aller Voraussicht nach noch keine vollen neun Milliarden ausgezahlt werden können. Im nächsten Jahr aber dürfte sich der Verteidigungshaushalt schon der 10-Milliarden-Grenze nähern.

Notwendig wurde die jetzige Kürzung durch gewaltige Mehrausgaben auf anderen Gebieten, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht vorzusehen waren. Insgesamt handelt es sich um etwa zwei Milliarden DM zusätzlicher Ausgaben, die den Bundeshaushalt zum erstenmal auf mehr als 40 Milliarden DM anwachsen lassen. Die Berlin-Hilfe, die Hilfe für das Saargebiet und die Verbesserung der Kriegsopferversorgung spielen dabei neben internationalen Verpflichtungen eine bedeutende Rolle. Steuererhöhungen will Bundesfinanzminister Eitzel unter allen Umständen vermeiden. Aber er wird voraussichtlich gezwungen sein, einen großen Teil der im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Ausgaben von drei Milliarden DM diesmal wirklich auf dem normalen Wege über Bundesanleihen zu decken.

Weitere Hilfe für Berlin

CDU-Fraktionsvorsitzende aller Landtage im Rathaus Schöneberg

Berlin (Eigenbericht). Bei ihrer gemeinsamen Tagung in Berlin haben die Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführer der CDU aus allen Landtagen der Bundesrepublik vorwiegend die Möglichkeit erörtert, wie der Stadt mit praktischen Maßnahmen geholfen werden kann. Wie der Berliner Fraktionsvorsitzende Endres in einer Pressekonferenz mitteilte, sind u. a. Fragen einer zusätzlichen Kinderverschickung, eines Erholungsurlaubes älterer Personen im Bundesgebiet, die Beschäftigung älterer arbeitsloser Angestellter sowie eine verstärkte Vergabe von Aufträgen zur Unterstützung der mittleren und kleineren Betriebe beraten worden. Die Vorsitzenden werden ihren Landtagen entspre-

chende Vorschläge zur Verwirklichung dieser Pläne unterbreiten. Im weiteren Verlauf der Konferenz bewußt für diese Zeit nach Berlin einberufen worden sei, um hier die Verbundenheit aller deutschen Länder mit Berlin zum Ausdruck zu bringen. Mehrere Fraktionsvorsitzende versicherten nachdrücklich, daß man gerade jetzt bemüht sein müsse, Berlin zu helfen.

Bei einem offiziellen Empfang im Rathaus, den der Regierende Bürgermeister Brandt in Anwesenheit von Bürgermeister Amrehn und des Bundesbevollmächtigten Vockel gab, über-

brachte Bürgermeister a. D. Dr. Sieveking die guten Wünsche der Konferenzteilnehmer für die Zukunft Berlins, der einzigen und künftigen Hauptstadt Deutschlands.

„Wilde Beschlüsse“

Bonn (ap/dpa). Ein Sprecher des SPD-Vorstandes distanzierte sich von den „wilden Beschlüssen“ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), daß die Oder-Neiße-Linie anerkannt und Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den beiden deutschen Regierungen sofort aufgenommen werden sollten. Eine entsprechende Entschließung war auf der Frankfurter Jahresversammlung des SDS mit 103 gegen 79 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen worden. Die Beschlüsse stehen nach Meinung der SPD in scharfem Widerspruch zur Auffassung der Partei, die den Standpunkt vertrete, daß die Frage der deutschen Grenzen nur in einem Friedensvertrag geregelt werden könne.

Keine weiteren Truppen wegen Berlin

Oslo (dpa/upi). NATO-Oberbefehlshaber General Norstad bestritt in Oslo, daß er zusätzlich Truppen angefordert habe, um für die Möglichkeit einer sowjetischen oder sowjetzonalen Aktion gegen Westberlin gewappnet zu sein. Er habe lediglich empfohlen, die von Zeit zu Zeit notwendige Ablösung der in Europa stationierten Truppen zu beschleunigen.

Norstad, der mit der norwegischen Regierung Verteidigungsprobleme besprach, erklärte auf einer Pressekonferenz, Norwegen sei „ideal geeignet“ für die Lagerung von Atomwaffen, weil diese Waffen dann für die Operationseinheiten auf den militärischen Stützpunkten in Nordnorwegen stets in der Nähe greifbar wären. Er sehe aber ein, daß es auch politische Aspekte dieser Forderung gebe, da die norwegische Regierung es abgelehnt habe, in Friedenszeiten ausländische Streitkräfte zu stationieren und die eigenen Truppen mit Atomwaffen auszurüsten.

Berliner SPD wieder mit Brandt

Schwere Niederlage der „Oppositionellen“ — Parteitag im Zeichen der Berlin-Krise

Berlin (Eigenbericht). Mit 193 gegen 44 Stimmen bei 39 Enthaltungen hat der Parteitag der Berliner SPD erneut Brandt für die nächsten zwei Jahre zum Landesvorsitzenden gewählt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Mattick (165 Stimmen) und Braun (247) wurden erneut bestätigt. Der Gegenkandidat der „Opposition“, Stein, erhielt nur 112 Stimmen. Deswegen hat Franz Neumann nach der Wiederwahl Brandts auf eine Kandidatur als Stellvertreter mit den bitteren Worten verzichtet, er habe jetzt die Gewißheit, daß „diese Spitze nicht zum Erfolg führen kann“.

Auch bei den Wahlen der 13 unbesoldeten Beisitzern im Landesvorstand siegten die Brandt-Anhänger mit Lipschitz (185) an der Spitze. Neumann (113), Stein (117), Kressmann (103) und der „Falken“-Chef Rüstock (95) fielen durch. Damit ist der SPD-Vorstand zum erstenmal einheitlich auf die Parteilinie von Brandt geschaltet.

Bereits zu Beginn des Parteitages hatte eine kurze heftige Auseinandersetzung um den Sitz von Neumann im Präsidium die Schwäche seiner „Getreuen“ gezeigt. Während der Weddingener Bürgermeister Mattis erklärte, das Verhalten Neumanns dürfe nicht noch „belohnt“ werden, setzte sich Kreuzbergs Bürgermeister Kressmann für Neumann ein. In der Kampfabstimmung lehnte ihn jedoch eine starke Mehrheit ab. Im Verlauf der über zehn Stunden dauernden Tagung machte die „Opposition“ dann nur noch vereinzelte Versuche der Gegenwehr. Sogar die Befürwortung des SPD-Deutschlandplanes durch Stein fiel überraschend schwach aus. Nur Rüstock verteidigte energisch das Auftreten seiner „Falken“ am 1. Mai und verwahrte sich gegen jede „Drohung“, womit er wiederum Lipschitz das Stichwort gab: „Man darf Ulbricht und Adenauer nicht in einen Topf legen.“

„Ein Versuch“

Die Taktik der Parteistrategen, die vielen Wahlvorgänge während der Aussprache vorzunehmen und sie so dauernd zu unterbrechen, führte von Stunde zu Stunde zu einer immer ruhigeren Atmosphäre. Der Sitzungssaal war im übrigen dekorationsmäßig ganz auf „Berlin bleibt frei“ abgestellt. Nur am

Rednerpult waren die drei Buchstaben „SPD“ zu entdecken.

Von den Entschließungen wurde die sehr allgemein gehaltene außenpolitische Erklärung, in der man den SPD-Deutschlandplan sorgsam versteckt angedeutet hatte, gegen eine Stimme glatt angenommen. Es heißt darin: „Der Deutschlandplan ist ein geeigneter Versuch, das noch Zumutbare nach beiden Seiten zu untersuchen.“ Ferner beschlossen die fast 300 Delegierten u. a., daß Erklärungen gegenüber Pressevertretern der SED oder des kommunistischen Rundfunks künftig vom Landesvorstand gebilligt werden müssen. Ein weiterer Antrag, der die Tätigkeit der „Falken“ von der Entscheidung des Landesvorstandes abhängig macht, wurde diplomatischerweise dem Landesausschuß zur Beratung überwiesen.

Ollenhauer hielt sich zurück

Zuvor hatte der Parteivorsitzende Ollenhauer zur Berlin-Frage erklärt, eine Interimslösung dürfe zu keiner Schwächung der Lebensmöglichkeiten der Stadt führen. Jede Lösung müsse davon ausgehen, daß Berlin die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands sei. Auf den Deutschland-Plan ging Ollenhauer offensichtlich angesichts der kritischen Einstellung zahlreicher Delegierter nur vorsichtig am Rande ein. Auch Brandt, der das Hauptreferat hielt, beschränkte sich zu diesem Thema auf wenige Formulierungen. Der Plan sei kein „politisches Glaubensbekenntnis“, sagte er.

Den Sowjets dürfe man „keinen Zentimeter“ Rechte mehr in Westberlin gewähren als den Westalliierten in Ostberlin ein-

geräumt werde, erklärte Brandt weiter. Er wandle sich erneut gegen jede einseitige Veränderung der Lage Berlins und gegen jeden Versuch, die Stadt vom Währungs- und Wirtschaftssystem sowie von der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu trennen. Ostberlin sei die „größte kommunistische Agentenzentrale in diesem Teil der Welt“. Er gab bekannt, daß die Kommunisten mit Westberliner Bankinstituten über die Finanzierung einer Tageszeitung der SED in Westberlin verhandelt hätten. Man müsse mit einer breiten kommunistischen Offensive rechnen, bei der die Schlagworte „antifaschistisch-demokratische Volksfront“ und „Aktions-einheit der Arbeiterklasse“ eine beträchtliche Rolle spielen würden.

In seinem optimistisch gehaltenen Überblick über die Wirtschaftslage der Stadt sprach Brandt davon, daß es bei einer einigermaßen normalen Entwicklung gelingen werde, die Arbeitslosenzahl in den nächsten Monaten unter 50 000 senken zu können.

Kein Nachgeben in Berlin

Brüssel (dpa). Die Überzeugung, daß die Alliierten in der Berlin-Frage keinen Rückzug antreten werden, hat Bundespressechef von Eckardt in einem Interview mit der Brüsseler Zeitung „Libre Belgique“ geäußert. Ein Nachgeben in der Berlin-Frage wäre der Anfang vom Ende in Europa, weil davon alle anderen Fragen abhängen. Bei einem Abrücken von den bestehenden Berlin-Garantien des Westens müßten auch alle anderen westlichen Positionen ins Wanken kommen. Den vom Westen vorgeschlagenen gesamtdeutschen Ausschuß zur Vorbereitung deutscher Wahlen nannte der Bundespressechef eine bedeutsame Konzession, die leider noch nicht zu ebenbürtigen Konzessionen durch die Sowjets geführt habe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

SPD wohin?

DT. Die Schlappe, die alle Gegner und Kritiker von Brandt bei den Wahlen zum neuen Landesvorstand auf dem Parteitag der Berliner SPD erlitten, war so vollständig, daß sogar seine Getreuen vom Ausmaß ihres Sieges überrascht waren. Als bekannt wurde, daß weder Neumann noch Kressmann und auch nicht Stein die notwendigen Stimmen erhalten hatten, ging ein Geraune durch die Reihen der fast 300 Delegierten. Vielleicht hat sich in diesem Augenblick bereits mancher darüber Gedanken gemacht, ob es klug war, jene „Opposition“ so radikal auszuschalten.

Ohne Zweifel ist der äußerlich so überzeugend wirkende Erfolg für Brandt durch eine Reihe zeitlicher Umstände begünstigt worden. Da sind einmal die krassen Fehler führender Politiker des „linken Flügels“, wozu auch die bittere Verzichtserklärung von Neumann auf seine Kandidatur zum Stellvertreter kurz vor den Beisitzerwahlen gehört. Da ist ferner die Tatsache, daß man sich bei der Debatte im Hinblick auf die Berlin-Krise und auf Genf in Sachen „partei-interne Auseinandersetzung“ große Zurückhaltung auferlegte. Diese Zurückhaltung ist Brandt und seinen Anhängern offensichtlich zugute gekommen. Er selbst konnte sogar einer Auseinandersetzung über den Deutschland-Plan der SPD aus dem Wege gehen. Er konnte dies um so mehr, als sein Oberster Parteichef Ollenhauer zuvor um alle Klippen dieses Planes und um viele andere politische Fragen der Partei sorgsam herumgesehelt war. Da der gleiche Ollenhauer 24 Stunden später in Rheinhausen einen ganz anderen und sehr scharfen Ton und auch gegen die Politik der Bundesregierung anschlug, kann man nur folgern, daß er in Berlin bewußt jeden Parteistreit und auch den um den „Deutschland-Plan“ vermeiden wollte.

Wie dem aber auch sei — niemand der Gegner und Kritiker von Brandt und seinem Parteilager ist im neuen Landesvorstand. Die ganze Repräsentanz des „linken Flügels“ ist ausge-

schaltet. Nur noch in der Fraktion des Abgeordnetenhauses und — mit Abstand — im Landesausschuß können die „Oppositionellen“ gelegentlich ein Wörtchen mitreden. Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu prophezeien, daß diese Entwick-

lung dazu führt, die von den entscheidenden Vorstandsbeschlüssen „Ausgeschlossenen“ noch mehr als bisher zusammenzuführen. Die Gefahr eines Einströmens in radikale Richtungen ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Reinhold Maier wiedergewählt

Mende bleibt bis 1960 „Kronprinz“ — Finanzkrise bei der FDP

Berlin (Eigenmeldung). Der Parteitag der Freien Demokraten hat in Berlin Dr. Reinhold Maier erneut zum FDP-Vorsitzenden gewählt. Für den 69jährigen Politiker wurden 161 Stimmen abgegeben. Zwölf Delegierte stimmten gegen ihn, 26 enthielten sich der Stimme. Seinen Dank für die Wiederwahl verband Maier mit der Bemerkung, er hoffe, daß die Partei im kommenden Jahr seinen Stellvertreter Erich Mende an die Spitze berufen werde. Mende wurde vom Parteitag mit der überwältigenden Mehrheit von 194 Stimmen bei 14 Enthaltungen in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender bestätigt; ebenso der Bundestagsabgeordnete Oswald Kohut sowie der schleswig-holsteinische Finanzminister Dr. Bernhard Leverenz.

Die Nein-Stimmen und Enthaltungen bei der Wahl Maiers kamen vorwiegend aus den Landesverbänden Hessen und Hamburg. In diesen Kreisen wünschte man, den „Kronprinzen“ Mende schon jetzt zum Vorsitzenden zu machen; man zeigte sich verärgert darüber, daß Maier entgegen früheren Erklärungen erneut kandidierte.

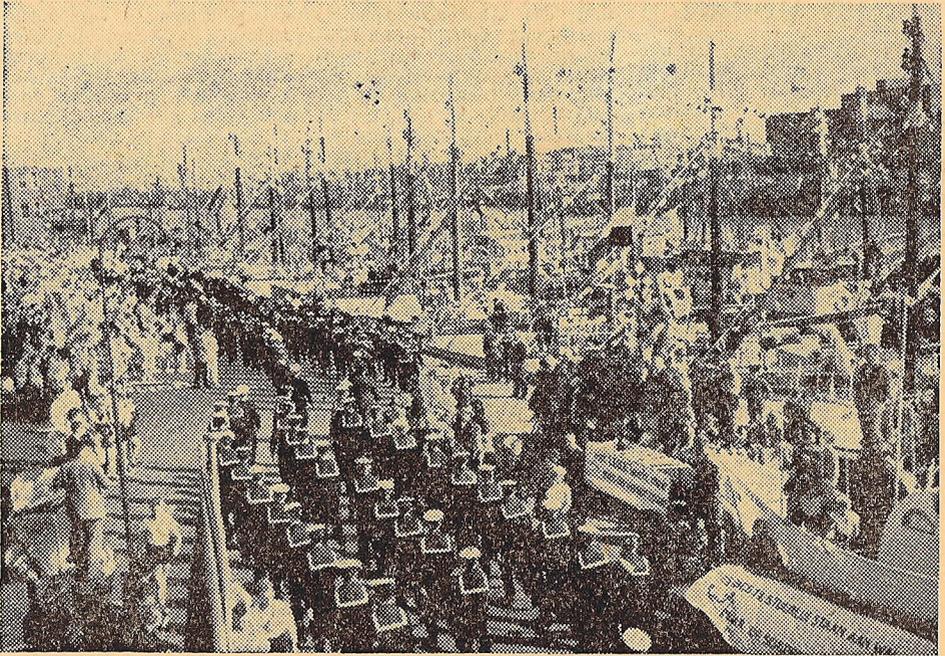
Als „wenig erfreulich“ bezeichnete der FDP-Schatzmeister Rubín die Finanzlage der Freien Demokraten, über die er am Freitagvormittag dem Parteitag berichtete. Schuld daran sei vor allem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Geldspenden an eine Partei nicht von der Steuer abgesetzt werden können. Dieses Urteil habe die FDP um zwei Drittel ihrer Einnahmen gebracht, denn „schlagartig“ hätten die Zuwendungen aufgehört. Der Schatzmeister unterbreitete den Vorschlag, die FDP-Parlamentarier zu veranlassen, künftig einen Teil ihrer Einkünfte in die Parteikasse zu zahlen. Die Freien Demokraten müßten in der gegenwärtigen Situation zu einer „Notgemeinschaft“ werden, erklärte Rubín.

Attacken Dehlers

In einem mit demonstrativem, minutenlangem Beifall gefeierten Grundsatzreferat nannte der

frühere FDP-Bundesvorsitzende Thomas Dehler als Gegner des Liberalismus: die „Irrelehre des Sozialismus“ und das „schleichende Gift des Mißbrauchs der Religion, des Christentums für parteipolitische Zwecke“. Hefige Angriffe richtete Dehler gegen den politischen Katholizismus. Der Anspruch der katholischen Kirche, den Gläubigen auch im politischen Bereich ihre Haltung vorzuschreiben, sei mit dem Geist der Liberalität unvereinbar. Dieser Anspruch mache eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung unmöglich. Dehler vertrat die Auffassung, der politische Raum für die Liberalen sei deshalb so schmal geworden, „weil ein großer Teil unseres Volkes sich gar nicht mehr politisch entscheidet, sondern konfessionell“. Die Wahl sei keine Frage der politischen Gesinnung mehr, sondern weitgehend eine „konfessionelle Volkszählung“.

Die marxistische Idee vom Menschen bezeichnete Dehler als „ein zerschlagenes Götzenbild“. Eine der „unfaßbaren politischen Tatsachen“ sei, daß es noch sozialistische Parteien gebe, „deren Lehren durch fast ein Jahrhundert in erschreckender Weise widerlegt worden sind“. Die Idee des Wohlfahrtsstaates nannte Dehler „die letzten Zuckungen des Sozialismus“.



BILDER DER WOCHE. Oben: Mit dem traditionellen Rennen der Heringslogger begann die niederländische Fangzeit in der Nordsee. — Unten: Süßigkeiten verteilte Königin Friederike von Griechenland bei ihrem Staatsbesuch in Rom an Waisenkinder.

